

Interview mit DStGB-Vizepräsident Roland Schäfer zur Sozialhilfe

Leipziger Volkszeitung 02.11.2000

Leipziger Volkszeitung: "Die Sozialminister der Länder haben einstimmig beschlossen, dass sich die Bezieher von Sozialhilfe künftig stärker als bisher anstrengen müssen, um an ihrer Eingliederung in den Arbeitsprozess mitzuwirken. Welche praktischen Konsequenzen können Sie sich vorstellen?"

Roland Schäfer: "Zunächst einmal keine.
Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt nämlich seit langem Modelle, die in der Sozialhilfe nicht die effiziente Abwicklung von Zahlungsvorgängen sieht, sondern die aktivierende und fördernde Hilfe. Von daher haben wir immer die Städte und Gemeinden aufgerufen, arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten und bei Ablehnung die Sozialhilfe zu kürzen. Erfolgreiche kommunale Modelle sind auf der Homepage des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung einsehbar. Wir wünschen uns jedoch eine noch stärkere Zusammenarbeit mit den örtlichen Arbeitsämtern. Ich warne allerdings den Bund davor, das Engagement der Städte, Kreise und Gemeinden zu einem Rückzug des Bundes aus der aktiven Arbeitsmarktförderung zu nutzen oder aber die Arbeitslosenhilfe einseitig auf die Sozialhilfe zu übertragen.“

Leipziger Volkszeitung: "Reichen die bisherigen gesetzlichen Regelungen aus, müssen Sie nur schärfer angewandt werden?"

Roland Schäfer: „Grundsätzlich besteht bereits jetzt die Möglichkeit der Kürzung der Sozialhilfe bei Verweigerung zumutbarer Arbeit um bis zu 25 %. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert jedoch seit langem die nunmehr auch im Beschluss der Arbeits- und Sozialminister der Länder angesprochene weitergehende Pauschalierung der Hilfe zum Lebensunterhalt, allerdings muss die Kürzung dann auch auf diese Pauschalen angewandt werden können. Darüber hinaus stehen wir weiteren Überlegungen offen gegenüber, diese Sanktionen noch zu verstärken. Dabei räume ich ein, dass es für die Kommunen zunehmend schwieriger wird, entsprechende Arbeitsgelegenheiten für Sozialhilfeempfänger bereitzustellen. Es ist aber auch zu überlegen, inwieweit die Verpflichtungen zur Arbeitsaufnahme bei Arbeitslosenhilfebeziehern verstärkt werden müssen.“

Leipziger Volkszeitung: "Mit welcher Dunkelziffer, also mit wie viel "Drückebergern" rechnen Sie?"

Roland Schäfer: „Ende 1998 bezogen 2,88 Mio. Personen Sozialhilfe. Davon befanden sich 1,77 Mio. im erwerbsfähigen Alter, wobei knapp

eine Millionen Sozialhilfeempfänger zumutbar erwerbsfähig sind. Ich warne davor, durch eine pauschale Missbrauchsdiskussion die gesamte Zahl der Sozialhilfeempfänger in Misskredit zu bringen. Hinter vielen steht ein schweres Einzelschicksal. Es gibt aber immer schwarze Schafe, die unser Sozialhilfesystem auszunutzen versuchen. Nach Erfahrungen der Städte und Gemeinden im Rahmen der Programme „Hilfe zur Arbeit“ schwanken diese örtlich zwischen 5 und 25 %.“